

# Raunhofer Nachrichten

Ortsblatt für Albrechtshain, Ammelshain, Belgershain, Beucha, Borsdorf, Cicha, Erdmannshain, Fuchshain, Großsteinberg, Kleinsteinberg, Klinga, Köhra, Lindhardt, Pomßen, Staudnitz, Threna und Umgegend.

**Bezugspreis:**  
Frei ins Haus durch Ausbringer  
Mk. 1.20 vierteljährlich  
Frei ins Haus durch die Post  
Mk. 1.30 vierteljährlich

Mit einer vierseitigen  
Illustrierten Sonntagsbeilage



Verlag und Druck:  
**Ganz & Cule, Raunhof.**  
Redaktion:  
**Robert Ganz, Raunhof.**

**Abendblätter:**  
Für Inserenten der Amtshauptmannschaft Grimma 10 Pf., die fünfspaltige Zeile, an erster Stelle und für Anzeigen 12 Pf.  
Bei Wiederholungen Rabatt.

Die Raunhofer Nachrichten erscheinen jeden Dienstag, Donnerstag und Sonnabend Nachmittags 5 Uhr mit dem Datum des nachfolgenden Tages. Schluss der Anzeigenannahme: Donnerstags 11 Uhr am Tage des Erscheinens.

Nr. 77.

Freitag, den 2. Juli 1909.

20. Jahrgang.

## Amtliches.

### Städtische Sparkasse Raunhof.

Rücklagenbestand 369 400 Mk. — Pfg.  
Sparverkehr im 1. Halbjahr 1909.  
3800 Einlagen im Betrage von 697 796 Mark 50 Pfg.  
2578 Rückzahlungen „ „ 547 753 „ 42 „  
Rassenumsatz „ „ 2 921 242 „ 54 „

**Geschäftszeit:** Jeden Werttag von vormittags 8 bis 12 Uhr und nachmittags 2 bis 4 Uhr. Sonnabends durchgehend von vormittags 8 bis nachmittags 1 Uhr. Verzinsung der Einlagen mit 3%, Proz., und zwar halbmontlich vom 1. und 15. eines Monats ab.

Raunhof, am 1. Juli 1909.

### Die Sparkassenverwaltung.

Willer.

Das Schul- und Fortbildungsschulgeld, sowie das Schulgeld für die Celesta auf das 3. Vierteljahr ist bis zum

**14. Juli 1909**

an die Stadtsteuereinnahme zu bezahlen.

Raunhof, am 1. Juli 1909.

### Der Stadtrat.

Willer.

Nach § 6 des Ortsgesetzes über die Erhebung einer Hundesteuer in Raunhof ist am 10. Juli die zweite diesjährige Aufzeichnung der vorhandenen Hunde vorzunehmen. Bis spätestens den 31. Juli sind alle am 10. Juli 6 Wochen alte Hunde, welche nicht mehr gelügt werden, zu versteuern. Für versteuerte, im Laufe des Jahres von auswärts nach Raunhof gebrachte, sowie für junge nicht zu versteuernde Hunde, sofern sie außerhalb der Gehöfte sich aufhalten, ist bei der Armenkasse gegen eine Gebühr von 50 Pfennigen ein Steuerzeichen zu lösen.

Hunde ohne gültige Steuermarken werden weggefangen, wenn sie außerhalb der Gehöfte getroffen werden. Die Besitzer solcher Hunde sind, falls keine Steuerhinterziehung vorliegt, mit 3 Mk. zu bestrafen.

Raunhof, am 30. Juni 1909.

### Der Stadtrat.

Willer.

### Öffentliche Stadtverordneten-Sitzung

Freitag, 2. Juli 1909,

abends 8 Uhr.

Tagesordnung:

1. Klage des Dornig.
2. Urlaube für die Ratsherren.
3. Beschlüsse des Gesundheits-Ausschusses.
4. Entscheidung über die Art der Schulauswässer-Anlage.
5. Verhandlungen mit der Stadt Leipzig wegen der weiteren Wasserversorgung Raunhofs.

### Das Steuerlabyrinth.

#### Ein Wegweiser.

Es ist äußerst schwer, sich ein genaues Bild von dem Stande der „Reichsfinanzreform“ im gegenwärtigen Stadium zu machen. Für den Unbeteiligten ist ein solches Bild durch die zahlreichen Ueberforderungen der letzten Wochen unmöglich geworden. Wer sollte sich wohl im Publikum, das teilweise überhaupt in den sieben Monaten die Debatten nicht mehr verfolgte, auskennen zwischen den Forderungen der Regierungsvorlagen, den Änderungsbeschlüssen der Finanzkommission, den neuen Steuervorlagen dieser Kommission, den Ersatzsteuern der Regierung und den Änderungsbeschlüssen der Finanzkommission zu diesen Ersatzsteuern und schließlich den Beschlüssen des Plenums.

Wir geben zur Orientierung eine Darstellung der augenblicklichen Situation:

#### a) Die Vorlagen der Regierung.

1. Branntweinmonopol (Ertrag 100 Mill. Mark), von der Kommission abgelehnt, angenommen eine Branntweinsteuer, die 80 Mill. einbringen soll. Die Regierung hat diesem

Beschluss zugestimmt, der Beschluss des Plenums steht aus.

2. Tabaksteuer (75 Mill. Mark), von der Kommission vollständig abgelehnt, so daß sie nur noch einen Ertrag von 30 Mill. Mark bringen kann, Regierung hat zugestimmt, Plenarbeschluss steht aus.

3. Biersteuer (100 Mill. Mark), als einzige Steuer von der Kommission angenommen, Plenarbeschluss steht aus.

4. Weinsteuer (20 Millionen), die Kommission hat eine allgemeine Weinsteuer abgelehnt und nur einer Schaumweinsteuer mit einem Ertrag von 5 Mill. Mark zugestimmt, Regierung hat zugestimmt, Plenarbeschluss steht aus.

5. Nachlasssteuer, Erbschaftsteuer, Erbrecht des Staates (100 Millionen Mark), von der Kommission abgelehnt, von der Regierung zurückgezogen.

6. Elektrizitäts- und Lichtsteuer (50 Mill.), von der Kommission abgelehnt, Plenarbeschluss steht aus.

7. Inzeratensteuer (33 Mill.), wie Nr. 6.

8. Erhöhung der Matrikularbeiträge, Fahrkartensteuererhöhung usw. (25 Millionen), von der Kommission angenommen, Plenarbeschluss steht aus.

Die Regierung hat 500 Millionen gefordert, die Kommission dagegen nur 240 Millionen bewilligt. Den fehlenden Rest zu decken, schlägt die Kommission eine Reihe neuer Steuern vor.

#### b) Die Steuern der Kommission.

1. Wertpapiersteuer, Rotierungssteuer (80 Millionen Ertrag), vom Plenum in zweiter Lesung angenommen, Standpunkt der Regierung: scharf ablehnend.

2. Wertzuwachssteuer für Grundstücke (Ertrag 50 Millionen): vom Plenum ange-

nommen, Regierungstandpunkt: ablehnend.

3. Kaffee- und Teezollerhöhung (36 Mill.), vom Plenum angenommen, Regierungstandpunkt: nicht unbedingt ablehnend.

4. Steuer auf Beleuchtungsmittel (20 Millionen), vom Plenum angenommen, Regierung stimmt zu, da sie diese Steuer als einen Teil ihrer Lichtsteuer betrachtet.

5. Zinsoversteuer (25 Mill.), Plenarbeschluss steht aus, Regierungstandpunkt: unbestimmt, nicht direkt ablehnend.

6. Wählerumsatzsteuer (12 Millionen), Plenarbeschluss steht aus, Regierungstandpunkt: scharf ablehnend.

7. Ausfuhrzoll auf Kohlen und Rots (25 Millionen) wie Nr. 6.

8. Parfümsteuer (8 Millionen), Plenarbeschluss steht aus, Regierungstandpunkt unbestimmt.

Bisher vom Plenum angenommen 186 Millionen; davon will die Regierung aber die 80 Millionen für die Rotierungssteuer auf keinen Fall annehmen, bleiben 106 Millionen, von den noch ausstehenden Steuern der Kommission werden von der Regierung noch akzeptiert werden Nr. 5, Nr. 8 = 33 Millionen, Nr. 6 und 7 = 37 Millionen dagegen abgelehnt werden. Die Steuerprojekte der Kommission würden also nur 140 Millionen ergeben, die die Regierung annehmen könnte. Rechnet man die von der Kommission bewilligten 240 Millionen der eigentlichen Regierungsvorlagen hinzu und betrachtet die Annahme als vom Plenum gesichert, so wären 380 Millionen sichergestellt. Es ist allerdings noch zweifelhaft, ob die Kommissionsbeschlüsse zu den Regierungsvorlagen eine Mehrheit finden werden, wenn die gesamte Linke gegen die Verbrauchssteuer stimmt.

Schließlich hat die Regierung noch Ersatzsteuern eingebracht.

#### c) Die Ersatzsteuern der Regierung.

1. Erbschaftsteuer (55 Millionen) endgültig vom Plenum abgelehnt.

2. Umsatzstempel bei Grundstücken (20 Millionen), vom Plenum mit einer Erhöhung des Stempels angenommen, Regierung lehnt Erhöhung ab, mutmaßlicher Ertrag 30 Mill.

3. Erhöhung des Wechselstempels (7 Mill.), vom Plenum reduziert, Ertrag nur 300 000 Mark noch, Regierungstandpunkt ablehnend.

4. Scheckstempel (15 Millionen), von der Kommission angenommen mit der Maßnahme, daß Quittungen über Bankguthaben stempelfrei bleiben, Ertrag höchstens 10 Millionen noch, Plenarbeschluss steht aus.

5. Effektenstempel (10 Millionen), von der Kommission angenommen. Plenarbeschluss steht aus.

6. Stempel auf Feuerpolice (35 Mill.) von der Kommission abgelehnt, Plenarbeschluss steht aus.

Die Kommission hat als neue Steuer noch vorgeschlagen eine Erhöhung des Börsenumsatzstempels angenommen, die 15 Millionen einbringen kann, die die Regierung aber ablehnt.

Von den Ersatzsteuern sind also angenommen von der Kommission 50 Millionen, dazu treten noch 15 Millionen für den Börsenumsatzstempel, das Plenum hat 30 Millionen bisher angenommen. Die Ersatzsteuern sollten etwa 140 Millionen einbringen.

Eine Zusammenfassung gibt folgendes Bild: Bewilligt von der Kommission:

Zu a) 240 Millionen.

Zu b) 256 Millionen.

Zu c) 50 + 15 = 65 Millionen.

Zusammen 561 Millionen Mark.

Bewilligt vom Plenum:

Zu a) nichts bisher.

Zu b) 186 Millionen bisher.

Zu c) 30 Millionen bisher.

Zusammen bis jetzt 216 Millionen Mark.

Von den 561 Millionen, die die Kommission bewilligt hat, lehnt die Regierung

unbedingt ab: 80 Millionen Rotierungssteuer, 50 Millionen Wertzuwachssteuer, 12 Millionen Wählerumsatzsteuer, 25 Millionen Kohlenzollerhöhung, 10 Millionen als Erhöhung des Umsatzstempels bei Grundstücken, 15 Millionen Börsenumsatzstempel, zusammen 192 Millionen, es bleiben also, da nur 369 Millionen angenommen werden, noch 131 Millionen zu bedenken. Voraussetzung ist bei dieser Berechnung, daß die Verbrauchssteuern in der angelegten Höhe Annahme finden.

### Luftschiffahrt.

#### „S. I.“ in Biberach.

Mittel-Biberach, 30. Juni. Die Lage des Reichsluftschiffes „S. I.“, das sich auf der Reise nach Mexiko befindet, ist unerschütterlich. Es liegt seitverankert auf seinem Platze. Seit früh 5 Uhr wird der reparierte Propeller wieder ausprobiert. Das Luftschiff ist sonst völlig flugbereit. Major Spertling war stets auf dem Landungsplatze und ruhte zeitweise in einer der Gondeln. Der Wachdienst war in der kalten Nacht für die Truppen sehr anstrengend.

Mittel-Biberach, 30. Juni, 1 Uhr 45 Min. nachm. Das Wetter ist stürmisch geworden. Heftige Böen machen den Aufstieg und die Weiterfahrt des Luftschiffes fast ganz unmöglich. Die Windstärke wird auf 14 Sekundenmeter geschätzt. Die Führer müssen alle Umsicht und Energie aufwenden, das Fahrzeug vor Beschädigungen zu schützen. Der Aufstieg wird wahrscheinlich nicht vor Donnerstag erfolgen.

### „Parfival III.“

Leipzig. Der Parfivalballon „Parfival III.“ hat am Dienstag nachmittag, von Bitterfeld kommend, Leipzig überflogen und ist, nachdem er bei Leipzig kehrt gemacht und dann noch einmal Leipzig passiert hat, nach Bitterfeld zurückgekehrt. — 8,15 Uhr ist der Ballon in Bitterfeld glatt gelandet.

Bitterfeld, 30. Juni. Die Fahrten des „Parfival III.“ sollen in dieser Woche fortgesetzt werden. Am kommenden Montag wird eine Dauerfahrt nach Frankfurt a. M. erfolgen.

### Rundschau.

Die „Nord. Allg. Zeitung“ befähigt nunmehr ausdrücklich, daß der Reichskanzler nur noch so lange im Amte zu bleiben gedenke, bis die Reichsfinanzreform zustande gebracht worden ist. Die Auslassung des gouvernementalen Blattes lautet:

Der Reichskanzler hat den Kaiser um seine sofortige Entlassung gebeten. Seine Majestät hat sich zur sofortigen Erfüllung dieses Wunsches nicht zu entschließen vermocht und hat den Reichskanzler unter warmer Betonung seiner großen, in zwölfjähriger Ministerstätigkeit der Krone und dem Lande geleisteten Dienste dringend gebeten, sein Amt noch solange zu führen, bis die Reichsfinanzreform, deren Erledigung eine nationale Notwendigkeit sei, zustande gebracht wäre. Der Kaiser hat sich dabei von der Ueberzeugung leiten lassen, daß es am allerersten dem Fürsten Bülow gelingen werde, das Werk unter Abweisung der dem Gesamtinteresse schädlichen und daher für die verbündeten Regierungen unannehmbaren Steuervorschläge zu Ende zu führen. Dem Ersuchen des Kaisers hat der Reichskanzler sich nicht entziehen wollen; doch ist mit Rücksicht auf die politische Entwicklung, die durch die Abstimmung über die Erbschaftsteuer ihren Ausdruck gefunden hat, unabweislich entschlossen, alsbald nach Erledigung der Finanzreform aus dem Amte zu scheiden.

Die Gründe der Niederlage Bülow werden in einem Artikel der „Allg. Zeitung“

Bamf meckt,

sitzt,

und Umstehenden  
Kaffee;  
süßlich  
wünscht

-Fabrik,  
- Es ist

S 11. Juli.

diger.

an 1. 2  
und  
egerste.

Juli auf 4 Wochen

l. Zimmer  
Raunhof, wenn mögl.,  
Offerten mit  
Frl. A. Stange,  
54.

Riemen,  
laids,  
Rügen,  
stöße,

bei  
eifegerste.

tur verkauft  
Ganz & Cule

g!  
rei.

ig,  
nstr.

lungen  
1909.